

Osttimor – aus malaysischer Sicht

Die Vorfälle in Osttimor haben die Malaysier, die mit der Geschichte dieses Landes vertraut sind, stark beschäftigt. Als Student der Geschichtswissenschaft und sozial engagierter Mensch habe ich mitgeholfen, die malaysische Öffentlichkeit mit Informationen über Osttimor zu versorgen, sowohl als Dozent der University Sains Malaysias als auch in noch stärkerem Maße als Aktivist der sozialen Reformbewegung ALIRAN in Malaysia.

Bis zur militärischen Invasion Indonesiens in Osttimor hatten wohl nur wenige von diesem Land gehört. Für die meisten Malaysier ist Osttimor nur eine Insel von etwa 19.000 qkm an dem äußersten östlichen Ende Indonesiens. Die östliche Hälfte Osttimors ist gebirgig, was direkten Einfluß auf das Klima und die Art und Weise hat, wie die Bevölkerung für ihren Lebensunterhalt sorgt. Die wirtschaftliche Grundlage dafür sind Land-

sen, in Erziehung und Ausbildung, Landwirtschaft und Religion initiiert.

Früher war die Verkehrssprache Osttimors Portugiesisch. Diese ist nun durch die Nationalsprache Indonesiens "Bahasa Indonesia" ersetzt. Die Bevölkerung Osttimors ist bis auf kleine Minderheiten von Protestanten und Moslems römisch-katholisch.

Die Mehrheit der Bevölkerung empfindet die indonesische Invasion und Besetzung des Landes als unverschämten, dreisten Akt der Kolonialisierung. Doch der Status als Kolonie ist nicht etwas völlig Neues für Osttimor, denn die koloniale Vergangenheit dieser winzigen Enklave reicht bis ins Jahr 1566, dem Jahr der portugiesischen Besetzung. 1638 übernahmen die Holländer die koloniale Herrschaft, was zu Konflikten mit den Portugiesen führte. 1702 fanden diese ein Ende, als beide Kolonialmächte entschieden, das Land unter sich aufzuteilen. Die östliche Hälfte fiel an die Portugiesen, die westliche an die Holländer.

Die Kolonialzeit West-Timors endete 1949, als dieser Landesteil in die Republik Indonesien integriert wurde. Die portugiesische Herrschaft in Osttimor endete 1974, als aufgrund politischer Veränderungen in Lissabon die portugiesische Entkolonialisierungspolitik einsetzte.

Richard W. Franke sagt dazu: "446 Jahre portugiesischer Kolonialherrschaft hatten auf die Bevölkerung Osttimors keine allzu positiven Auswirkungen: Eine Analphabetenrate von 95 %, fast keine medizinische Versorgung, die höchste Rate von Tuberkuloseerkrankungen in der Welt, ein jährliches Pro-Kopf-Einkommen von gerade mal 40 \$. Als die Portugiesen 1975 Osttimor verließen, gab es dort 3 einheimische Ingenieure, 2 Ärzte, 1 Zahnarzt, 2 Psychologen, 2 Politikwissenschaftler und 3 Agrarwissenschaftler für eine Bevölkerung von 650.000."

Kurz nachdem die portugiesische Entkolonialisierungspolitik angekündigt worden war, erklärte die "Associação Social Democratica Timorese (ASDT)", die später zur "Frente Revolucionária da Timor-Leste Independente" (Fretilin) wurde, am 28. Nov. 1975 die Unabhängigkeit der Demokratischen Republik von Osttimor. Neun Tage später, am 7. Dezember 1975, griff die Republik Indonesien die Stadt Dili an und startete ihren militärischen Feldzug gegen Osttimor.

Die weltweit vorherrschende Meinung ist, daß die Invasion Osttimors nach der Unabhängigkeitserklärung durch die Fre-

tilin bereits von Indonesien ins Auge gefaßt wurde. Dem kann ich mich aber nicht anschließen. Wissenschaftler, die sich mit der Geschichte Indonesiens befassen, müßten sich erinnern, daß zur Zeit der japanischen Kapitulation in Indonesien die dortigen Nationalisten die "Panitia Persiapan Kemerdekaan Indonesia" gründeten, mit dem Ziel, die Gebiete des ehemaligen Niederländisch-Ostindien auf die Unabhängigkeit vorzubereiten.

In der sich anschließenden Debatte, welche Gebiete die zukünftige unabhängige Nation der vereinigten indonesischen Republik ausmachen sollten, forderte der mittlerweile verstorbene Ultra-Nationalist Muhammad Yamin, daß Malaya, die Borneo-Staaten Sabah und Sarawak (heute Ost-Malaysia), wie auch Timor der zukünftigen Republik Indonesien einverleibt werden sollten. Obwohl Yamin unmißverständlich zugab, daß diese Gebiete nicht Teil des ehemaligen Niederländisch-Ostindien waren, bestand er auf ihrem Einschluß in die zu schaffende Republik. Und es war offensichtlich, daß er von einer nicht unerheblichen Zahl derer, die an diesem historischen Treffen teilnahmen, unterstützt wurde.

Die Gründe, die Yamin für die Einverleibung Osttimors, Malayas, Sabahs und Sarawaks in die Republik Indonesien darlegte, waren, daß die Völker dieser Gebiete ethnisch verwandt seien, die gleiche Sprache und eine ähnliche Kultur hätten.

Jedoch aus meiner Sicht bedrohlicher war sein ständiger Hinweis auf die Notwendigkeit, das ganz Indonesien umfassende glorreiche Javanische "Majapahit-Reich" wieder zu erschaffen, dessen Territorialherrschaft, wie ausdrücklich erklärt wurde, sich auf diese Länder und andere in Yamins Rede erwähnte Gebiete erstrecken sollte. So kann die Invasion Osttimors im Jahre 1975 als Erfüllung des Wunsches einer bestimmten politischen Elite gesehen werden, ein neues

In der Unabhängigkeitsdebatte Indonesiens forderte der mittlerweile verstorbene Ultra-Nationalist Muhammad Yamin, daß Malaya, die Borneo-Staaten Sabah und Sarawak (heute Ost-Malaysia), wie auch Timor der zukünftigen Republik Indonesien einverleibt werden sollten.

wirtschaft, Tierhaltung, Fischfang u.a. Die staatlichen Einnahmequellen Osttimors sind der Verkauf von Kaffee und Zimt, während sich die Bevölkerung im wesentlichen von Getreide, Reis, Kartoffeln, Sago und Gemüse ernährt.

Vor der Invasion durch das indonesische Militär wurde die Bevölkerung Osttimors auf 688.711 geschätzt. 1985 wurde vermutet, daß zwischen 200.000 und 250.000 Menschen durch die Militärintervention und ihre Auswirkungen umgekommen sind. 1976 wurde Osttimor zur 27. Provinz der Republik Indonesien erklärt. Um das Image, vieles versäumt zu haben, zu verbessern, hat die indonesische Regierung eine Reihe von Entwicklungsprojekten im Gesundheitswe-

Die Invasion Osttimors im Jahre 1975 kann als Erfüllung des Wunsches einer bestimmten politischen Elite gesehen werden, ein neues Majapahit-Reich zu schaffen.

Majapahit-Reich zu schaffen. Einige der führenden westlichen Mächte waren so naiv, ihre Zustimmung dazu zu geben und Indonesien so zu diesem Schritt zu ermutigen.

Aus der Sicht der malaysischen NGOs (nichtstaatliche Organisationen) hat die malaysische Regierung die gewaltsame und illegale Invasion und Annexion Osttimors durch Indonesien nie offiziell anerkannt, obwohl sich Malaysia ebenso wenig öffentlich dagegen ausgesprochen hat. Die Generalversammlung der UNO und der Weltsicherheitsrat haben das indonesische Vorgehen sofort verurteilt und herausgestellt, daß Indonesien kontinuierlich gegen UN-Resolutionen verstoßen hat, die eine Selbstbestimmung Osttimors verlangten. Diese Resolutionen sind der malaysischen Regierung sehr wohl bekannt. Sie hat auch nicht gegen sie gestimmt, aber ebensowenig das indonesische Vorgehen öffentlich verurteilt. Es gibt Gründe für eine solche Haltung, die als Politik der Duldung und Nachgiebigkeit gegenüber blanker Aggression angesehen werden kann.

chung der Bevölkerung Osttimors. Der ehemalige Oberbefehlshaber der indonesischen Armee hat deutlich gesagt, "Umsiedlung hilft, unter den relativ naiven Bewohnern Osttimors Kenntnisse und das Verstehen von staatlicher Ideologie, politischem Verhalten und kulturellen Werten zu verbreiten."

Es besteht kein Zweifel, daß die ethnische Durchmischung und die Verbreitung javanischer Kultur von essentieller Bedeutung dafür sind, den Verbleib Osttimors im indonesischen Staatsverband zu sichern. Doch ist offenkundig, daß Indonesien bei der Verfolgung seines Zieles, Osttimor sich unterzuordnen, große Probleme hat. Vom ersten Tag der Besetzung an sah sich Indonesien mit starkem Widerstand konfrontiert. Und obwohl heute die Widerstandskraft der Osttimoresen gegenüber den indonesischen Eroberern erheblich schwächer geworden ist, wird im Untergrund weiter Widerstand geleistet und gibt es entschlossene Guerillagruppen, die sich der indonesischen Besetzung widersetzen.

Was ist nun Malaysias Reaktion auf die

The Nation, eine englischsprachige Zeitung in Thailand, bezeichnete Indonesien als "ASEANs neuen Rüpel".

Der ehemalige Außenminister der Philippinen, Raul Manglapus, wurde nach Jakarta geschickt, aber vergebens, denn Präsident Suharto wollte ihn nicht empfangen. Indonesien machte seine Verstimmung deutlich, indem die Teilnahme einer 200köpfigen Delegation an einer wichtigen regionalen Wirtschaftskonferenz auf den Philippinen abgesagt wurde. Leider folgten auch Brunei und Malaysia diesem Beispiel. So wurde das Treffen auf einen unbestimmten Zeitpunkt verschoben. Zur gleichen Zeit kündigte ein Zweig der indonesischen Handelskammer die Streichung von 15 Investitionsprojekten in den südlichen Philippinen an. 32.000 Arbeitsstellen in der philippinischen Thunfischindustrie waren gefährdet, als indonesische Patrouillenboote philippinische Fischerboote, die sich in indonesischen Gewässern befanden, stoppten. Jakarta setzte all dem die Spitze auf mit der Drohung, es würde sein Angebot zurückziehen, Gastgeber zu sein für die zweite Runde der Friedensgespräche zwischen Manila und den Rebellen der "Moro National Liberation Front".

Unter dem Strich kann gesagt werden, daß die indonesische Reaktion auf die Konferenz zu Osttimor auf den Philippinen völlig unnötig war. Denn dadurch erhielt Osttimor erst recht die internationale Aufmerksamkeit, die es verdient. Es kam sogar dazu, daß profilierte Einzelpersonen an der Konferenz teilnehmen wollten, wie Danielle Mitterand, die Ehefrau des französischen Präsidenten, Maria Barroso Soares, die First Lady Portugals, die Nobelpreisträgerin Mairead Maguire von Irland und Erzbischof Desmond Tutu aus Südafrika, sehr zum Verdruss der Philippinen und Jakartas.

Um den Schaden in Grenzen zu halten, wandte sich die Philippinisch-Indonesische Gesellschaft an ein Gericht in Quezon City, eine einstweilige Verfügung auszusprechen und die Konferenz zu verhindern. Aber der Oberste Gerichtshof überstimmte einmütig den Richter. In seiner Verzweiflung sah Präsident F. Ramos, daß er zwar keine friedliche Versammlung verbieten kann, aber dennoch die Macht hat, darüber zu bestimmen, wer in die Philippinen einreisen darf und wer nicht. Das philippinische Amt für Einwanderung und Ausweisung untersagte 40 prominenten Ausländern, unter ihnen Danielle Mitterand und Maria Barroso Soares, die Einreise. Obwohl beide Frauen sich dem



Schützengräben zur Grenze nach Indonesien in Sarawak (1963-65)

aus: James/Sheil-Small, *The Undeclared War*, Kuala Lumpur 1979, S. 92

Da Malaysia der engste Nachbar der Republik Indonesien ist, haben die NGOs und einige wache und scharfsichtige Mitglieder der malaysischen Regierung das Vorgehen Indonesiens in Osttimor mit wachsender Sorge wahrgenommen. Was ist der Grund dafür? Seit der Besetzung Osttimors hat die indonesische Regierung nicht aufgehört, in größter Art und Weise gegen die Menschenrechte der Osttimoresen zu verstoßen. Die Verstöße sind bekannt und Gegenstand von Diskussionen.

Zudem ist die Umsiedlung von Indonesiern, insbesondere von Javanern, nach Osttimor eine politisch geplante Durchmischung und somit politische Schwä-

anhaltende indonesische Besetzung Osttimors? Ich werde indirekt eine Antwort darauf geben. Ebenso wie Malaysia ist die Philippinische Republik unmittelbarer Nachbar Indonesiens. Nach einem Bericht der Wochenzeitschrift "Asia-week" wurde im Mai'94 eine von der Maubere-Front, einer Rebellengruppe, organisierte Konferenz zu Osttimor geplant, die an der philippinischen Universität in Manila stattfinden sollte. Trotz der wiederholten Beteuerung von Präsident Fidel Ramos, daß die Philippinen Osttimor als 27. Provinz Indonesiens ansehen, machte der Außenminister Indonesiens Ali Alatas deutlich, daß sein Land "enttäuscht sei."

fügten, war der angerichtete Schaden immens. Frau Mitterrand klagte Indonesien der Erpressung an, und Portugal protestierte dagegen, die Ehefrau seines Präsidenten auf eine schwarze Liste zu setzen.

The Nation, eine englischsprachige Zeitung in Thailand bezeichnete Indonesien als "ASEANs neuen Rüpel". Die indonesische Botschaft in Bangkok protestierte heftigst gegen eine solche Überschrift. Doch obwohl Auswirkungen

und Indonesien durch das geplante Forum zu Osttimor in Mitleidenschaft gezogen werden könnten.

Von Seiten der malaysischen NGOs gab es jedoch nur eher schwache Reaktionen auf die Vorfälle in Osttimor. Ein Vorfall sollte aber erwähnt werden, da er Malaysias Position deutlich macht. Das ist das Massaker von Dili im November 1991, worüber in der örtlichen Presse ausführlich berichtet wurde. Ein malaysischer Student, der in Neuseeland stu-

liefert wurden. Wenige Stunden vor dem Beginn der indonesischen Invasion in Osttimor hielt sich der amerikanische Präsident Gerald Ford in Jakarta auf. Es ist völlig absurd, wenn die Amerikaner behaupten, sie hätten von all dem nichts gewußt, wo doch der amerikanische Geheimdienst enge Verbindungen zu dem indonesischen Militär hat.

Noch beschämender ist Australiens Scheinheiligkeit gegenüber Osttimor. Die Labour-Regierung von Gough Whitlam hat insgeheim die indonesische Besetzung Osttimors befürwortet, die die australische Öffentlichkeit kaum interessierte. Die australische Regierung aber, die nach außen hin vorgab, gegen die Invasion zu sein, tat alles, um Osttimoresen daran zu hindern, von Australien aus ihren Landsleuten zu helfen oder auch nur über die furchtbaren Greueltaten in Osttimor zu berichten. Australien blockierte sogar UN-Resolutionen, die Indonesiens Menschenrechtsbericht zu Osttimor kritisierten. Erst im letzten März sprach sich Australien für die Resolution 1993/97 des Menschenrechtsausschusses aus.

Es ist in Malaysia nicht unbekannt, daß Australien verbriefte ökonomische Interessen in dem Gebiet um Timor hat, es hat formell einer gemeinsamen Ausbeutung der Ressourcen Timors zugestimmt. 1989 ratifizierte Australien den Vertrag zur Kooperationszone des Timor-Gap, zwecks gemeinsamer Ausbeutung durch Indonesien und Australien.

Als Ergebnis solch enger Kooperation zwischen Australien und Indonesien in bezug auf Timor, klagte die Regierung Portugals Australien vor dem Internationalen Gerichtshof an, es habe durch den Vertrag über den "weißen Fleck" Timor seine internationalen Verpflichtungen gebrochen, wie sie 1970, in der Erklärung zu den Prinzipien internationalen Rechts bezüglich friedlicher Beziehungen zwischen und Kooperation von Staaten, niedergelegt wurden.

Vor allem Malaysia ist aufmerksam, was Indonesiens Absichten ihm gegenüber sind.

Portugal hat außerdem den Fall Osttimor zum Gegenstand von Handelsgesprächen zwischen ASEAN-Mitgliedsstaaten und der Europäischen Gemeinschaft gemacht. Zum Entsetzen von Malaysia, Thailand, den Philippinen und Singapur hat Portugal ein Veto eingelegt gegen die Bestrebungen der EG, mit Indonesien engere wirtschaftliche Verbindungen zu schaffen. Das hatte Auswirkungen auf die gesamte ökonomische Kooperation der ASEAN-Staaten mit der EG.

Ein malaysischer Student, der in Neuseeland studierte, war eines der Todesopfer beim Massaker von Dili 1991. Doch von der malaysischen Regierung gab es keinen offiziellen Protest.

dieser Konferenz in den meisten ASEAN-Staaten spürbar waren, wurde das Mißverständnis zwischen Indonesien und den Philippinen durch den Geist guter Nachbarschaft aufgesogen. In einem Akt frommer Reue versprachen die Philippinen, keine Konferenzen zu dem Thema Osttimor mehr zuzulassen. Murdiono, Indonesiens Minister für Staatsangelegenheiten, sagte Reportern, eine solche Garantie sei Präsident Suharto durch die Sonderbeauftragte Leticia Ramos Shahani, Senatorin, Präsidentenschwester und angesehene Diplomatin, gegeben worden.

Ein malaiisches Sprichwort sagt, "ein weiser Mann lernt von den Fehlern seines Nachbarn, um sie nicht zu wiederholen". Die malaysische Regierung lernt sehr schnell. Versuche malaysischer NGOs, ihren philippinischen Schwesterorganisationen Unterstützung zu geben, verliefen im Sande. Aktivisten der Menschenrechtsbewegung, die vor der indonesischen Botschaft in Kuala Lumpur protestierten, wurden von den Botschaftsangeestellten so gereizt, daß diese Grund zu haben glaubten, die malaysische Polizei zu rufen, um die Demonstranten entfernen zu lassen.

Ein Versuch der "Malaysian Action Front", einer Körperschaft, die etwa 30 nichtstaatliche Organisationen umfaßt, ein Forum zu Osttimor in Kuala Lumpur abzuhalten, wurde von der malaysischen Regierung verboten. Der malaysische Außenminister Datuk Abdullah Ahmad Badawi stellte fest, daß "die Osttimor-Angelegenheit ein indonesisches Problem ist, das auch von Indonesien gelöst werden sollte". Er fügte hinzu, daß "unser Verhältnis zu Indonesien wichtig ist. Somit müssen wir besonders vorsichtig sein, irgendeinen Kommentar zu den Vorfällen abzugeben. Die Regierung wird nichts unternehmen, was das Verhältnis mit Indonesien gefährden könne." Er berief sich auf eine Nachricht aus Jakarta, in der ein Sprecher des indonesischen Militärs zitiert wird, der sagte, daß die Verbindungen zwischen Malaysia

dierte, war eines der getöteten Opfer. Doch von der malaysischen Regierung gab es keinen offiziellen Protest. Schnell wurde die Erklärung akzeptiert, Kamal sei durch eine verirrte Kugel getötet worden, und damit war die Sache erledigt. NGOs in Malaysia protestierten, konnten aber nur kleine Treffen und Versammlungen organisieren, da das Gesetz keine Demonstrationen oder größere Versammlungen erlaubt, die nicht vorher durch die Polizei genehmigt wurden. Die wissenschaftlichen und nichtwissenschaftlichen Mitarbeiter der University Sains Academic & General Staff organisierte zum Beispiel eine Versammlung in dem universitätseigenen Gebäude auf dem Campus, das eigentlich keinen polizeilichen Zugriff zuläßt. Die Teilnahme wurde aber auf Universitätsangestellte und Studenten beschränkt.

Engagierte Malaysier organisierten einige Protestveranstaltungen in der Hauptstadt Kuala Lumpur und auf Penang. In Penang wurde in einem Privathaus ein Video über das Massaker in Dili gezeigt. Nach einer anschließenden Diskussion wurden Petitionen vorbereitet und an den Präsidenten der Republik Indonesien geschickt. Diejenigen, die solche Treffen organisierten, waren sich im klaren darüber, daß alle ihre Schritte genauestens durch die Geheimpolizei "Special Branch" der malaysischen Polizei überwacht wurden. Auch wenn die malaysische Regierung nicht so brutal vorgeht wie das indonesische Militär, sind die restriktiven Maßnahmen die gleichen.

Man kann der malaysischen Regierung und vielleicht auch der malaysischen Öffentlichkeit Feigheit vorwerfen. Doch die Frage nach moralischer Schuld in bezug auf die Osttimor-Krise muß vor allem den einflußreichen Westmächten gestellt werden, die die militärische Invasion Osttimors stillschweigend geduldet haben. In Malaysia ist bekannt, daß die Waffen, die gegen Osttimor benutzt wurden und werden, von den USA ge-

Einigen ASEAN-Staaten mutet es seltsam an, die Missetaten Indonesiens auszubaden, und Portugal hat sich bei diesen Staaten nicht gerade beliebt gemacht. Juan Ponce Enrile, der ehemalige Staatssekretär des philippinischen Verteidigungsministeriums machte unmißverständlich klar, daß er sich bei der Wahl zwischen Portugal und Indonesien für Indonesien entscheiden würde. "Als wir Nahrungsmittel brauchten, gab uns Indonesien Reis. Während der Ölkrise versorgte uns Indonesien mit Öl. Als wir

- Anzeige -

Seit 25 Jahren in Bewegung...



...die letzten drei Hefte:

207 Türkei

208 Frauen in China

209 Ethnizität

Die *blätter* sind die größte unabhängige Zeitschrift zur Nord-Süd-Problematik im deutschen Sprachraum. Sie erscheinen seit 1970 achtmal im Jahr mit einem Umfang von 52 Seiten. Sie sind die ideale Ergänzung zur alltäglichen Berichterstattung.

Bestellung:

- Ich bestelle das Probeabonnement mit vier Ausgaben für 20 DM. Das Probeabo verlängert sich automatisch zum Jahresabo wenn es nicht vier Wochen vor Ablauf gekündigt wird.
- Ich bestelle die Materialliste '95

informationszentrum dritte welt

Postfach 5328, 79020 Freiburg
☎ 0761/74003, Fax: 0761/709866

uns mit den Aufständischen in Mindanao auseinandersetzen mußten, stützte Indonesien uns. Was hat Portugal jemals getan, außer uns zu kolonialisieren." Die indonesischen Maßnahmen gegen die Philippinen machen deutlich, wozu Indonesien im Umgang mit seinen Nachbarn in der Lage ist, wenn es seine Unzufriedenheit zum Ausdruck bringen will. Es muß hier aber betont werden, daß das Verhältnis Indonesiens zu seinen anderen Nachbarstaaten ebenfalls nicht ohne Probleme ist.

Vor allem Malaysia ist aufmerksam, was Indonesiens Absichten ihm gegenüber sind. Die Malaysier meiner Generation erinnern sich sicher noch an die Konfrontation Indonesiens mit Malaysia zwischen 1963 und 1965. Sie war nichts anderes als ein Krieg, der nur nicht erklärt war, gegen eine souveräne Nation, die von Präsident Sukarnos damaliger linksgerichteter und pro-kommunistischer Regierung als neokolonialer Staat bezeichnet wurde, zu dem alleinigen Zweck errichtet, die Existenz der indonesischen Republik zu bedrohen. 1975 benutzte eine rechte anti-kommunistische Regierung den gleichen Vorwand, nur für ihre eigene Sicherheit zu sorgen, als Argument für die Invasion Osttimors, das angeblich ins kommunistische Lager abdriftete. Die offizielle Ideologie mag eine Drehung um 180 Grad gemacht haben, doch ist die Politik des territorialen Expansionismus die gleiche geblieben.

Jetzt will sich Indonesien die kleinen Inseln Sipadan und Ligitan vor der Küste des ostmalaysischen Staates Sabah, die ein Teil Malaysias sind, einverleiben. Trotz mehrerer Treffen sind Malaysia und Indonesien bisher nicht in der Lage gewesen, dieses Problem zu lösen. Im Oktober 1993 druckte die malaysische Tageszeitung *New Straits Times* die kriegerisch klingenden Worte des indonesischen Flottenkommandanten Marschall Tantio Kuswanto ab, der sagte, daß Indonesiens Flotte entschlossen ist, die Inseln gegen jede Bedrohung von außen zu schützen, und daß Sipadan und Ligitan integraler Teil des indonesischen Territoriums seien. Da die Gespräche zwischen Indonesien und Malaysia keinen Fortschritt brachten, schlug der malaysische Premierminister vor, die Sache an die IJC zu verweisen. Indonesien hat sich zu diesem Vorschlag nicht öffentlich geäußert. Da die Malaysier mitbekommen haben, wie Indonesien gegen die Philippinen vorgegangen ist, weil die es gewagt hatten, eine Konferenz zu Osttimor in Manila abzuhalten, machen wir uns natürlich schon Gedanken, was Indonesien gegen uns unternehmen wird, falls auf malaysischem Boden eine genehmigte Osttimor-Konferenz stattfinden sollte, oder wenn Malaysia es auch nur seinen NGOs gestatten würde, ähnlich aktive Kampagnen zu Osttimor durchzuführen, wie es zu Bosnien ge-

schehen ist. Wäre eine militärische Invasion Sipadans und Ligitans durch Indonesien die Folge?

Doch trotz dieses Anflugs von Pessimismus glauben wir in Malaysia, daß die Vernunft siegen wird und das friedliebende indonesische Volk in der Lage sein wird, für Osttimor eine politische Lösung zu finden. Es besteht die Hoffnung, daß aufgrund internationalen Drucks die Militärregierung flexibler mit der Osttimor Frage umgehen wird. Osttimor ist keine innere Angelegenheit Indonesiens. Osttimor ist eine souveräne Nation, die für ihr legitimes Recht auf Unabhängigkeit und Freiheit kämpft. Und das verdient Unterstützung.

Jetzt will sich Indonesien die kleinen Inseln Sipadan und Ligitan vor der Küste des ostmalaysischen Staates Sabah, die ein Teil Malaysias sind, einverleiben.

Der bekannte australische Wissenschaftler und unermüdliche Menschenrechtsvertechter in Südostasien Herbert Feith hat darauf hingewiesen, daß der Druck von Unabhängigkeitsbewegungen in vielen Ländern stärker geworden ist - vor allem in den ehemaligen Sowjetrepubliken, Jugoslawien, Marokko (Westsahara), Äthiopien (Eritrea, Tigre), Sudan, China (Tibet, Xinjiang, Innere Mongolei), Indien (Kaschmir), Papua (Bougainville). Für das indonesische Militär wäre es unklug, solche Entwicklungen zu ignorieren, da es sie auch in Indonesien gibt (Irian Jaya, Aceh).

Man kann nur hoffen, daß um des Friedens und Wohlstands in Indonesien und anderen ASEAN-Staaten willen eine vernünftige Lösung für Osttimor gefunden wird unter dem Schirm der Vereinten Nationen, die hoffentlich eine nützliche Rolle bei der Lösung des Konflikts spielen werden.

Ariffin Omar

Der Verfasser ist Dozent für Geschichte Südostasiens an der University Sains Malaysia in Penang sowie Gründungsmitglied und zeitweiliger Präsident der Reformbewegung ALIRAN. Bei dem Text handelt es sich um seinen Redebeitrag "The East Timor Issues from the Malaysian Perspective" auf der Tagung "Die europäische Verantwortung für Osttimor" in der Evangelischen Akademie Iserlohn, 30.9.-2.10.1995. Übersetzung aus dem Englischen von Desmond Seufert.